

## **Antrag der AfD-Fraktion**

**öffentlich**

| <b>Zur Sitzung</b> | <b>Sitzungstermin</b> | <b>Behandlung</b> |
|--------------------|-----------------------|-------------------|
| Rat der Stadt      | 25.11.2021            | Entscheidung      |

---

### **Betreff**

### **Aufbruch für Duisburg**

---

### **Inhalt**

Die AfD-Fraktion beantragt folgende Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2022/23:

1. Eine Absenkung des Hebesatzes der Grundsteuer für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 795 v.H.
2. Eine Absenkung der Gewerbesteuer auf 515 v.H.
3. Ein verstärktes Straßendeckensanierungsprogramm mit einem Volumen von zusätzlichen 4 Mio. EUR in 2022 und 2 Mio. EUR in 2023.
4. Verstärkung des Personals im Städtischen Außendienst der Stadt Duisburg sukzessive um 28 Stellen. Hierfür sollen 516.900 EUR im Jahr 2022 und 1.146.810 EUR im Jahr 2023 bereitgestellt werden.
5. Verstärkung des Sicherheitspersonals im ÖPNV mit einem Haushaltsansatz von jeweils zusätzlich 300.000 EUR in 2022 und 2023.
6. Unterstützung der beiden Duisburger Frauenhäuser mit jeweils 200.000 EUR in den Jahren 2022 und 2023.
7. Für die Digitalisierung, insbesondere den personellen Betrieb eines Scancenters sollen jeweils 155.300 EUR in den Jahren 2022 und 2023 eingeplant werden.
8. Für mehr Sauberkeit sollen Spender mit Hundekotbeuteln bereitgestellt werden. Hierfür stellt die Stadt Duisburg 80.000 EUR im Jahr 2022 und 50.000 EUR im 2023 in den Haushalt ein.
9. Die Stadt Duisburg überprüft konsequent das Alter aller unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF). Hierdurch ergeben sich Einsparungen von jeweils 400.000 EUR im Jahr.
10. Kürzung der Mittelzuweisungen um 50.000 EUR jährlich an den Jugendring.

**Fortsetzung nächste Seite**

**Fortsetzung Antrag**

11. Kürzung der Mittelzuweisungen für Globalmittel an die Wohlfahrtsverbände von insgesamt jährlich 50.000 EUR.
12. Nachrichtlich/kalkulatorisch, da in der Veränderungsnachweisung des OB, insgesamt 35.100.000 EUR in 2022 und 13.700.000 EUR in 2023.
- a) Die eingeplanten Zinsen für Kassenkredite werden den tatsächlich zu erwartenden Zahlungsverpflichtungen angepasst, d.h. der Ansatz für 2022 wird um 13.400.000 EUR und für 2023 um 10.300.000 EUR reduziert.
- b) Mehreinnahmen durch aktualisierte Steuerschätzung, Modellrechnung Gemeindefinanzierungsgesetz, Schlüsselzuweisungen, Aufwandspauschalen und Umlagen von 21.700.000 EUR in 2022 und 3.400.000 EUR in 2023.

**Übersicht über die Haushaltsauswirkungen**

(HH-Verschlechterung als negative Zahlen, HH-Verbesserung als positive Zahlen)

| <b>Punkt</b> | <b>Maßnahme</b>                       | <b>Auswirkung 2022</b> | <b>Auswirkung 2023</b> |
|--------------|---------------------------------------|------------------------|------------------------|
| 1.           | Grundsteuer B-Hebesatz auf 795 v.H.   | -9.770.000 €           | -9.820.000 €           |
| 2.           | Gewerbesteuer-Hebesatz auf 515 v.H.   | -2.100.000 €           | -2.168.000 €           |
| 3.           | Neues Straßendeckensanierungsprogramm | -4.000.000 €           | -2.000.000 €           |
| 4.           | Personalausbau SAD                    | -516.900 €             | -1.146.810 €           |
| 5.           | Sicherheitspersonal ÖPNV              | -300.000 €             | -300.000 €             |
| 6.           | Duisburger Frauenhäuser               | -200.000 €             | -200.000 €             |
| 7.           | Digitalisierung / Scancenter          | -155.300 €             | -155.300 €             |
| 8.           | Hundekotspender/Beutel                | -80.000 €              | -50.000 €              |
| 9.           | Altersüberprüfung UMF                 | 400.000 €              | 400.000 €              |
| 10.          | Jugendring                            | 50.000 €               | 50.000 €               |
| 11.          | Wohlfahrtsverbände                    | 50.000 €               | 50.000 €               |
| 12.          | Haushaltsverbesserungen aus VNOB      | 35.100.000 €           | 13.700.000 €           |
| <b>Summe</b> |                                       | <b>18.477.800 €</b>    | <b>-1.640.110 €</b>    |

**Begründung:**

Duisburg muss nicht nur echt, sondern echt besser werden! Und hierzu ist ein klares, belegbares und für jeden spürbares Aufbruchsignal notwendig.

Die AfD-Fraktion setzt sich deshalb dafür ein, nicht nur auf der Ausgabenseite Akzente zu setzen, sondern erstmalig auch eine Entlastung der Duisburger Einwohner und Unternehmen bei der Steuerbelastung zu erwirken.

**Fortsetzung nächste Seite**

### **Fortsetzung Antrag**

Duisburg gibt bei der Straßenerhaltung nur 0,42 EUR/qm Straße anstelle der für notwendig kalkulierten 1,30 EUR/qm aus. Das bisherige Straßendeckensanierungsprogramm muss deshalb aus unserer Sicht deutlich verstärkt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Straßen Duisburgs nicht weiter auf Verschleiß gefahren werden und sich mittelfristig Straßenanliegerbeiträge vermeiden lassen.

Die AfD setzt sich für mehr Sicherheit und Ordnung ein, weshalb die Anträge von SPD-CDU in diesem Bereich unterstützt werden. Gleiches gilt für die Duisburger Frauenhäuser, allerdings möchte die AfD-Fraktion hier noch stärker unterstützen. Auch der Betrieb eines Scancenters zur Digitalisierung wird haushalterisch unterstützt.

Für mehr Sauberkeit, insbesondere für eine Entschärfung der weit verbreiteten Hundekot-Tretminen sollen Spender mit Hundekotbeuteln bereitgestellt werden.

Die Stadt Duisburg überprüft konsequent das Alter aller unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF). Presseberichten zufolge konnten in anderen Städten hierbei eine erhebliche Anzahl an Personen als Erwachsene eingestuft werden. Ausgehend von einem mittleren Erwartungswert kann man von 20% der UMF ausgehen. Entsprechend werden 20% des Ansatzes von 10 Mio. EUR im Jugendamt eingespart, was 2 Mio. EUR ergibt. Da in diesem Bereich jede Ausgabe auch mit einer Kompensation durch Bundes-/oder Landesmittel verbunden ist, verbleibt ein erwarteter Netto-Effekt in einer Größenordnung von 20%, d.h. 400 Tsd. EUR. Auch wenn formal ein 100%-Kostenausgleich besteht, so gilt dies nicht für Folge- und mittelbar verursachte Kosten oder wenn nicht alle Voraussetzungen zur Kostenerstattung gegeben sind, deshalb ein entsprechender Einsparungsansatz.

Aufgrund von Verwaltungs- und Nachweiserleichterungen im Zuge der Corona-Situation werden beim Jugendring und bei den Wohlfahrtsverbänden Haushaltseinsparungen von jeweils 50.000 EUR jährlich eingeplant.

Aus den Veränderungsnachweisen des Oberbürgermeisters geht hervor, dass insbesondere in den Bereichen Kassenkreditzinsen sowie Steuerschätzung, Gemeindefinanzierung, Schlüsselzuwendungen, Aufwandspauschalen und Umlagen sich große zusätzliche Haushaltsspielräume ergeben.

Der Antrag der AfD-Fraktion ist mit einer sehr hohen Haushaltsverbesserung 2022 und einer im Vergleich dazu geringfügigen Haushaltsverschlechterung 2023 insgesamt ausgewogen und ein positives Aufbruchssignal für Duisburg.